

Niederschrift

über die Sitzung des Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschusses am Montag,
den 29.01.2019 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses

Es sind erschienen:

Ratsherr Olaf Sommer, Vors.
Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Martin Janssen
als Vertreter für Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Jochen Voß
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Kim Streitbürger

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Abteilungsleiter Techn. Verwaltung Marc Sjuts
Kämmerin Cornelia Baller
Abteilungsleiter Inselbahn Jens Lühring
Protokollführer Martin Wirdemann

Es fehlt entschuldigt:

Stv. Bürgermeister Gert Kämper
Ratsherr Ingo Börgmann
Finanzleiterin Gabriele Rüffert
Abteilungsleiter IT Ralph Rüffert
Leiter Reedereibetrieb Jens Heyen

Tagesordnung:

Zu Punkt 1 und 2: **Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Sommer eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: **Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu Punkt 4: **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits-Umwelt- und Landschaftsausschusses am 09.04.2018**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschusses vom 09.04.2018 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Nachhaltigkeits- Umwelt- und Landschaftsausschusses vom 09.04.2018 wird mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Zu Punkt 5: **Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 6: **Weiteres Vorgehen Nachhaltigkeitskonzept** (s. Vorlage Nr. VO19-007)

Bürgermeister Uwe Garrels verliest die Vorlage.

Ratsherr Voß erkundigt sich nach der Definition der „planetaren Belastungsgrenzen“ und wie diese auf Langeoog anzuwenden seien.

Bürgermeister Garrels, eräutert, das Konzept der planetaren Belastbarkeitsgrenzen ziele darauf ab, die Bedingungen auf der Erde in einem vom Menschen bewohnbaren Zustand zu halten. Dazu wurden die in der Wissenschaft anerkannten global wesentlichen Auswirkungen menschlichen Handelns in neun Kategorien eingeteilt und jeweils Grenzpunkte definiert, bei deren Überschreitung das ökologische Gleichgewicht des Planeten aus den Fugen gerate. Das Konzept der planetaren Belastbarkeitsgrenzen

zielt darauf ab, die Bedingungen auf der Erde in einem vom Menschen bewohnbaren Zustand zu halten. Dieses kann nur gelingen, wenn jeder im eigenen Wirkungskreis seinen Beitrag leistet.

Aus den planetaren Grenzen heraus sollen die insularen Grenzen definiert und ein lokaler Handlungsrahmen abgesteckt werden. Für Langeoog könnten z. B. die Kategorien Klimawandel, Ozeanversauerung, Landnutzung, oder Artenvielfalt bedeutsam sein. Daraus könnten Ziele formuliert werden, die sich mit Themen wie E-Mobilität, Flächennutzung, Müllvermeidung, Grünpflege, Energieverbrauch u. a. befassen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Insulaner diese Ideen mittragen müssen, wenn ein solcher Nachhaltigkeitsprozess erfolgreich sein will. Daher müssten die Projekte gleichzeitig auch sozial und ökonomisch verträglich sein. Für den Fall eines erfolgreichen Aufbruchs in eine Umsetzung der globalen Grenzen auf lokaler Ebene könnte das Projekt als Modellvorhaben für andere Kommunen dienen. In Vorgesprächen mit der Bundesumweltstiftung und dem INEP-Institut ist diese Vorgehensweise als förderfähig berachtet worden, wenn im Ergebnis konkrete Verbesserungen erzielt werden sollen. Dann würden auch externe Fachleute diesen Prozess jeweils themenbezogen unterstützen und begleiten können. Es müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden. Die Projektdauer ist auf 2,5 Jahre begrenzt.

Auf Nachfrage von Ratsherr Piekarski teilt Bürgermeister Garrels mit, dass die maximale Fördersumme aktuell bei 100.000 € und einer Förderquote von 50 % liege. Der Eigenanteil der Gemeinde könne durch Beteiligung weiterer Partner verringert werden und neben einem direkten Finanzanteil auch in Sachleistungen (Räume, Arbeitszeit, etc.) erbracht werden. Die Inselgemeinde Langeoog stecke hier den Rahmen selber ab.

Stv. Bürgermeister Janssen, Ratsvorsitzender Adelmund und Ratsherr Piekarski sprechen sich grundsätzlich für die Erarbeitung eines Nachhaltigkeitskonzeptes unter Beteiligung der Langeooger Bürger aus. Die Verwaltung solle Eckpunkte für einen Bürgerdialog erarbeiten. Es gäbe genügend eigene Fachkompetenz auf der Insel, eine externe Moderation könne sicher zu spezifischen Themen erfolgen. Über eine Beantragung von Fördermitteln und der damit verbundenen Eigenbeteiligung der Gemeinde wäre in einem weiteren Schritt zu beraten.

Der Natur-, Umwelt- und Landschaftsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig

- die Verwaltung mit der Erarbeitung der ersten Prozessschritte für ein auf Langeoog zugeschnittenes Nachhaltigkeitskonzept unter Bürgerbeteiligung zu beauftragen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Zu Punkt 7: Kooperationsvereinbarung zwischen der Ostfriesische Inseln GmbH und der Nationalparkverwaltung
(s. Vorlage Nr. VO19-008)

Bürgermeister Garrels verliest die Vorlage.

Stv. Bürgermeister Janssen weist darauf hin, dass mit der Kooperationsvereinbarung zukünftig keine weiteren Einschränkungen für den Tourismusstandort Langeoog einhergehen dürfen und der Handlungsspielraum für eine touristische Nutzung der Insel weiterhin gewährleistet sein muss.

Ratsherr Voß verweist darauf, dass die ostfriesischen Inseln im Gegensatz zu den nordfriesischen Inseln Bestandteil des Nationalparks seien und in diesem Sinne eine Wettbewerbsverzerrung besteht. Einige Gebäude auf Langeoog wurden nicht nationalparkfrei ausgewiesen.

Bürgermeister Garrels verweist darauf, dass eben solche Gegebenheiten im Wege des Dialoges mit der Nationalparkverwaltung erörtert werden müssen und können. Ziel der Kooperationsvereinbarung ist nicht die flächenmäßige Ausweitung der Zonierungen und damit verbundene Einschränkungen auf dem touristischem Sektor. Kern der Vereinbarung ist zum einem, den Erhalt und die Entwicklung der Qualität des Naturraums zu sichern und zum Anderen die gewachsene touristische Struktur auf den Inseln als mit diesen Zielen vereinbar anzuerkennen.

Der Natur-, Umwelt- und Landschaftsausschuss

- nimmt die Kooperationsvereinbarung der Ostfriesischen Inseln GmbH mit der Nationalparkverwaltung zustimmend zur Kenntnis. Der Weg des Dialogs ist der richtige Weg zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zwischen Naturschutz und menschlicher Nutzung des Inselraums. Dabei besteht Übereinstimmung, dass es auf der Insel unterschiedliche Vorranggebiete gibt.

Zu Punkt 8: Gestaltung Grünflächen
(s. Vorlage Nr. VO19-009)

Bürgermeister Garrels verliest die Vorlage.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die seit ca. 50 Jahren immer im gleichen Maße gepflegten innerörtlichen Parkanlagen auf Langeoog. Er spricht sich für die Beibehaltung der bisher durchgeführten Pflegemaßnahmen aus. Die vorgeschlagenen Wildblumenwiesen sind nicht inseltypisch, stellen sich nach dem Verblühen als ungepflegte Rasenflächen dar und sind im Sinne eines touristischen Angebotes deshalb nicht zielführend. Ausserhalb des Ortskerns stehen ausreichend Flächen für Insekten zur Verfügung. Zudem verweist er auf das erhöhte Risiko von Pollenallergien, wenn überall im Ort Wildblumenwiesen entstünden.

Ratsherr Streitböcker und Ratsherr Adelmund schließen sich den Ausführungen von Stv. Bürgermeister Janssen an.

Auf Anfrage von Ratsherr Piekarski teilt Allgemeiner Vertreter Heimes mit, dass die angelegte Versuchsfläche beim Kur- und Wellness-Center nicht den gewünschten Erwartungen entsprach, was jedoch auch an der Samenmischung gelegen haben könnte.

Bürgermeister Garrels verweist auf die Gestaltung der Grünflächen insgesamt, die auch darauf abziele, den Pflegeaufwand zu verringern und parallel naturnahe Lebensräume für Insekten und Vögel entstehen zu lassen. Versuchsflächen können hier zu weiteren Erkenntnissen führen.

Der Antrag von Bürgermeister Garrels, die Parkpflege dahingehend zu reduzieren, dass unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit dauerhaft nur die Randbereiche der Parkanlagen in einer Breite von 1 – 2 m gemäht werden und die übrige Flächen nur einen gelegentlichen Schnitt erhalten, wird mit 1 Ja-Stimme und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag von Stv. Bürgermeister Janssen, die bisherige Gartenpflege der Parkanlagen beizubehalten, die Gärtnerkolonne insofern zu entlasten, dass auf den Flächen vor dem Oskar-Kreuder-Platz sowie im Verlauf des Schniederdamms Flächen für eine Wildblumenwiese angelegt werden, wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Zu Punkt 9: Feuerwerke auf Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-010)

Auf eine Verlesung der Vorlage wird verzichtet, da der Sachverhalt des Antrages von Ratsherr Voss auf Verbot des Langeooger Silvesterfeuerwerkes allgemein bekannt ist.

Ratsherr Piekarski verweist auf die vorliegenden aktuellen Gerichtsurteile. Demnach ist ein Feuerwerksverbot auf Privatflächen juristisch nicht umsetzbar.

Ratsherr Voß bitte um Prüfung, ob ein Feuerwerksverbot über die Lärmschutzverordnung denkbar ist. Die Verwaltung verweist auf die aktuellen Urteile zur Spiekerooger Lärmschutzverordnung. Diese hatte einer rechtlichen Beurteilung vor dem Obergericht Lüneburg nicht standgehalten.

Auf Nachfrage verweist Allgemeiner Vertreter Heimes auf das Verbot des Abbrennens von Feuerwerken auf öffentlichen innerstädtischen Flächen. Bei diesen Verboten ginge es um Plätze mit Menschenansammlungen und historische Gebäude.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass das Verbot eines Silvesterfeuerwerkes zur Zeit rechtlich schwer umzusetzen ist und eine Reduzierung bzw. Einstellung des Feuerwerkes nur im Dialog mit den Langeoogern, Gästen, dem Einzelhandel und Unterstützung der Marketingabteilung einhergehen kann und der Bürger mittelfristig für eine Einstellung des Feuerwerkes sensibilisiert werden sollte.

Auf Antrag von Ratsherr Piekarski empfiehlt der Natur-, Umwelt- und Landschaftsausschuss dem Rat einstimmig

- für das Jahr 2019 und folgende Jahre zum Verzicht auf das Abbrennen von Feuerwerkskörpern aufzurufen und stattdessen als bewussten Gegensatz zu den Silversterfeuerwerken in den Städten die gastronomischen Betriebe und die Bürger zu einer „ruhigen insularen Begrüßung des neuen Jahres“ aufzurufen.

**Zu Punkt 10: Auftragsvergabe landschaftsgärtnerische Arbeiten
Neugestaltung Rathauspark
(s. Vorlage Nr. VO19-011)**

Vorsitzender Sommer verliest die Vorlage.

Ratsherr Piekarski verweist auf die zugesagte Wiederherstellung des Grünfläche nach Beendigung der Straßenbaumaßnahme Hauptstraße durch die bauausführende Firma Herfeld. Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass der vor der Baumaßnahme ursprünglich tiefer gelegene Park nach Räumung der Baustelleneinrichtung aufgefüllt und mit einer Rasensaat versehen wurde, um diesen für die Saison 2018 in einen einigermaßen akzeptablen Zustand zu versetzen. Im Leistungsverzeichnis der nun ausgeschriebenen Neugestaltung des Parkes sind keine Leistungen enthalten, die zu Mehrkosten für den Tourismus-Service führen.

Die Verwaltung hat gemäß Ratsbeschluss vom 26.07.2018 die Umsetzung der Planung für die Umgestaltung des Rathausparks unter Berücksichtigung der in der Sitzung besprochenen Änderungen der Planung durchgeführt und die Ausschreibung veranlasst. Die Ausschreibungsunterlagen wurden vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises geprüft. Das Prüfergebnis hat ergeben, dass gegen eine Auftragserteilung der Leistung an die Fa. Inno Gerdes mit einer Angebotssumme von netto € 229.898,62 zuzüglich der Honorarkosten von netto € 36.338,13 keine Bedenken bestehen. Das Angebot der Fa. Gerdes lag 3,5% über der Kostenschätzung.

Bürgermeister Garrels verweist darauf, dass die neue Parkgestaltung auch die Pflasterflächen zwischen dem Rathaus und der Parkanlage selbst beinhaltet und als Lückenschluss zwischen der Hauptstraße und dem Vormann-Otten-Weg zu sehen ist. Der Ortseingang würde insgesamt aufgewertet und wäre städtebaulich ein Gewinn. Die Fläche sei für auch Veranstaltungen geeignet und böte eine Entlastung der verkehrlich stark genutzten Haupt- und Barkhausenstraße

Ratsherr Streitbürger verweist auf die angespannte finanzielle Situation des Tourismus-Service trotz öffentlicher Förderung in Höhe von € 100.000,00 für das Projekt. Ggfls. können Änderungen in der Planung noch zu Einsparungen führen. Bürgermeister Garrels teilt mit, dass gerade die Leistungen, die die Aufenthaltsqualität verbessern, gefördert werden und wesentlicher Bestandteil der Anerkennung der Fördermaßnahme sind.

Ratsvorsitzender Adelmund bittet in der kommenden Ratssitzung die optische Darstellung der geplanten Parkanlage auch für die Zuschauer noch einmal an die Wand zu werfen.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist darauf hin, dass die Finanzierung der Neugestaltung des Rathausparks inklusive des darin enthaltenen Straßenbaus in das Investitionsprogramm und die Finanzplanung des Wirtschaftsplanentwurfes 2019 des Tourismus-Service eingestellt wurden. Zudem bestehen auch Pflichten gegenüber der wirtschaftlichsten Firma nach Ausschreibungsrecht.

Stv. Bürgermeister Janssen stellt fest, dass Auftragsvergaben stets dann erfolgen können, wenn die Finanzierung gesichert ist.

- Auf Antrag von Ratsherr Streitbürger verweist der Natur-, Umwelt- und Landschaftsausschuss die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

Zu Punkt 11 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es erfolgen keine Berichte.

Zu Punkt 12: Anregungen und Anträge

- Ratsherr Piekarski erinnert an seinen Antrag auf Ermittlung des Aufwands eines freiwilligen CO²-Ausgleichs der Schifffahrt.
- Ratsherr Piekarski beantragt die digitale Bereitstellung der Unterlagen für Ratsmitglieder im Rahmen eines Ratsinformationssystems.
- Ratsherr Piekarski beantragt im Namen aller Ratsmitglieder außer Ratsherr Streitbürger den Betrieb des Verkehrslandeplatzes innerhalb von 3 Wochen neu auszuschreiben und im Vorfeld die Flächen des Flugplatzes ordnungsgemäß herzurichten.

- Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die gärtnerische Wiederherstellung der Beetfläche vor dem Modegeschäft der Anke Agena in der Barkhausenstraße.
- Ratsvorsitzender Adelmund übergibt Bürgermeister Garrels einen Antrag auf Auskunft zur eigenen Unterrichtung an den Hauptverwaltungsbeamten gemäß § 56 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) mit der Auflage, die dort aufgeführten Anfragepunkte bis zum 19.02.2019 zu beantworten.
- Vorsitzender Sommer verliest einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Beschaffung von Produkten durch die Gemeinde Langeoog aus dem Fairen Handel und übergibt diesen an Bürgermeister Garrels mit der Bitte um Bearbeitung.
- Vorsitzender Sommer erkundigt sich nach den Baumschnittarbeiten auf der Grünanlage an der Willrath-Dreesen-Straße. Abteilungsleiter Sjuts teilt mit, dass er die Arbeiten in Auftrag gegeben habe mit dem Ziel, ausreichend Bewegungsraum für den Bagger zu schaffen, um hier wieder einen ordnungsgemäßen Entwässerungsgraben anlegen zu können. Die bisher vernachlässigte Grabenherstellung führt zu Feuchtigkeitsproblemen in den Kellern anliegender Wohnhäuser.
- Abteilungsleiter Sjuts stellt den Ausschussmitgliedern neue Stärkebeutel für das HUKO-System vor. Das Material löse sich nach ca. 90 Tagen auf. Aus gleichem Material sind auch Restmüllsäcke für die öffentlichen Behältnisse zu erhalten. Die Kosten liegen um ca. € 5.000,00 über dem bisherigen Aufwand. Diese Kosten werden als zu hoch angesehen.

Zu Punkt 13: Einwohnerfragestunde


- Herr Kremer erkundigt sich nach der Möglichkeit für ein **Transportverbot von Feuerwerkskörpern** von Bensenziel nach Langeoog. Ratsherr Piekarski teilt mit, dass seiner Kenntnis nach einzelne Feuerwerkskörper keine Gefahrstoffe darstellen und ein Transportverbot aus seiner Sicht nicht durchzusetzen ist.
- Frau Fischer bittet den Austausch der Plastiktüten zugunsten von Papiertüten in den Obst- und Gemüseabteilungen des Einzelhandels zu prüfen. Bürgermeister Garrels wird ein Gespräch mit dem Einzelhandel führen. Allgemeiner Vertreter Heimes verweist darauf, dass bereits Angebote in den Geschäften zur Vermeidung der Plastikbeutel bestehen.
- Frau Kraus bittet um Mitteilung, ob der Gemeinde Langeoog Daten für eine Schadstoffbelastung des Kohlekraftwerkes Eemshaven vorliegen. Bürgermeister Garrels verneint dieses, weist aber darauf hin, dass die Stadt Borkum dieses sicherlich bei einem der nächsten Gespräche mit der Landesregierung thematisieren wird.
- Frau Kraus bittet, die Leerfahrten der Langeoog Fährschiffe zu beschränken. Bürgermeister Garrels teilt mit, dass Leerfahrten gelegentlich notwendig sind.
- Frau Kraus regt die Anschaffung von Ortsplänen für Sehbehinderte an.

Zu Punkt 14: Schließung der Sitzung

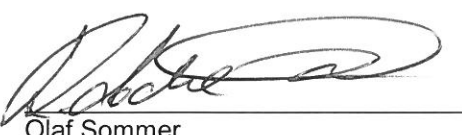
Vorsitzender Sommer schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.



Uwe Garrels
Bürgermeister



Martin Wirdemann
Protokollführer



Olaf Sommer
Vorsitzender

als Vertreter